



## Niederschrift

über die 12. Sitzung des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld  
am 06.11.2025

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366  
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages vom 02.10.2025
- 6 Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen
- 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Vorstellung des 1. Haushaltsplanentwurfes 2026
- 10 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 10.1 Zustimmung zum Preisblatt für die Abfallentsorgungsentgelte der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH ab dem 01.01.2026 BV/0181/2025
- 11 Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder

#### Öffentlicher Teil

##### Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Vor der Eröffnung der Sitzung bat **Herr Wolpert** um Einlegung einer Schweigeminute für die kürzlich verstorbenen Herren Kees de Vries und Manfred Kressin.

**Herr Wolpert** eröffnete und leitete die 12. Sitzung des Kreistages. Er informierte weiterhin darüber, dass aufgrund der beabsichtigten Anschaffung einer neuen Mikrofonanlage und zugehöriger Technik die heutige Sitzordnung im Saal anders aufgebaut ist als gewohnt.

**Herr Loth** kann das Probesitzen verstehen, allerdings ist nicht nachvollziehbar, warum die Fraktionen untereinander getauscht wurden und nun die AfD-Fraktion ganz außen sitzt. Darauf konnte **Herr Wolpert** keine Antwort geben.

**Punkt 2.      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der Sitzung waren 36 Mitglieder des Kreistages und der Landrat anwesend. Der Kreistag war mit 67,27 % beschlussfähig.

**Punkt 3.      Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Es lagen keine Änderungswünsche vor. Die Tagesordnung wurde einstimmig mit 37 Ja-Stimmen bestätigt.

**Punkt 4.      Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Anfragen von den anwesenden Einwohnern.

**Punkt 5.      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung des Kreistages vom 02.10.2025**

(Herr Zimmer gekommen = 37+1 = 69,09 %)

**Herr Wolpert** gab an, dass Frau Hesse darum bat, die Anwesenheitsliste zu korrigieren. Sie wurde als unentschuldigt eingetragen, hatte sich aber zuvor per E-Mail abgemeldet. Dies wird vermerkt und als Korrektur der Niederschrift beigelegt.

Es gab keine weiteren Einwendungen.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 02.10.2025 wurde **einstimmig** mit 32 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen, bestätigt.

**Punkt 6.      Bekanntgabe der in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen**

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse in der letzten Kreistagssitzung.

**Punkt 7.      Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen**

(Herr Tkalec und Herr Schenk gekommen = 39+1 = 72,73 %)

**Herr Grabner** gab den Hinweis auf den Bau- und den Vergabebericht, welcher in digitaler Form zur Verfügung steht, sowie auf die Berichterstattung zur Einhaltung der Haushaltssperre mit Stichtag 30.09.2025. Daraus kann entnommen werden, dass wir unserer Verpflichtung der Haushaltssperre nachkommen werden. Sollten sich alle Voraussetzungen demnach ergeben bzw. umgesetzt werden können, dann werden wir bei ca. 7 Mio. Euro Defizit landen und haben knapp 8 Mio. Euro gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung eingespart.

Bezüglich des heutigen Probesitzens erläuterte **Herr Grabner** folgende Gründe:

Dies resultiert aus einem Angebot einer Technikfirma zur Neuausstattung des Kommunikations- und Mediensystems, da die vorhandene Anlage diverse Probleme hat. Das Unternehmen hat vorgeschlagen, auf der kurzen Front des Saales – über der Eingangstür – eine entsprechende großflächige Leinwand zu installieren (Diagonale von ca. 4 m). Als Parallelvariante würde weiterhin die Möglichkeit bestehen, die bisherige Sitzordnung aufrechtzuerhalten. Dies hätte allerdings den finanziellen Nachteil, da es teurer wird, da mindestens 3 Monitore angebracht werden müssten, was mit zusätzlichen Kosten (Kabel, bauliche Maßnahmen, etc.) verbunden wäre. Daher der Vorschlag der Verwaltung auf eine neue Sitzordnung. **Herr Grabner** sicherte zu, sollte dies vehement auf Widerstand stoßen, dann wäre die alte Sitzordnung möglich vor dem Hintergrund, dass es finanziell teurer wird.

Zum Sondervermögen sagte **Herr Grabner**, dass wir so weit sind, dass innerhalb der Verwaltung eine Prioritätenliste aufgestellt wurde. Für den nächsten Kreistag wird eine entsprechende Informationsvorlage erarbeitet werden, um dann weitestgehend die Maßnahmen und Projekte im Haushalt 2026 mit zu verankern.

Bezüglich dem Krankenhaus Zerbst wurde bereits informiert, dass wir uns in sehr umfangreichen Gesprächen, sowohl mit dem derzeitigen Träger Helios Klinik als auch darüber hinaus mit potentiellen Partnern, befinden, um eine tragfähige Lösung zur Schließung zum 19.12.2025 zu finden. Ausführlichere Informationen können derzeit nicht gegeben werden, da es sich um einen laufenden Prozess handelt. Wir befinden uns in verschiedenen Gesprächen, um in erster Linie der Bevölkerung eine entsprechend angepasste Gesundheitsvorsorge auch in Zukunft bieten zu können.

#### **Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

**Herr Wolpert** teilte mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 11.12.2025, 17.00 Uhr, im Kreistagssitzungssaal der Landkreisverwaltung stattfinden wird.

#### **Punkt 9. Vorstellung des 1. Haushaltsplanentwurfes 2026**

(Herr Schönemann gekommen =  $39+1 = 72,73 \%$ )

**Herr Grabner** informierte über den Haushaltsplanentwurf anhand der ausgelegten Power-Point-Präsentation.

**Herr Grabner** sagte, dass es noch viel zu tun gibt, trotzdem wollen wir mit diesem Stand in die Budgetbesprechungen eintreten und bitten um entsprechende Vorschläge zur Reduzierung von Ausgaben und Erhöhung von möglichen Einnahmen, um überhaupt eine kleine Chance zu erhalten, den Haushalt von der oberen Kommunalaufsicht genehmigt zu bekommen. Das wird wohl nicht geschehen, wenn das Defizit größer als im letzten Jahr sein wird. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um von ca. 24 Mio. Euro auf maximal 13 Mio. Euro zu reduzieren; dabei ist noch kein prozentualer Anteil der Kreisumlage reduziert.

**Herr Grabner** wies auf die Umschichtung aus dem Bereich des Jobcenters hin. Im letzten Jahr wurde vom Kreistag beschlossen, statt der vorgeschlagenen 2 Mio. Euro nur 1,5 Mio. Euro umzuschichten. Derzeit sieht es so aus, dass am Jahresende ca. 370.000 Euro nicht verausgabt werden konnten, was hauptsächlich damit zusammenhängt, dass wir innerhalb des laufenden Jahres eine weitere Zuweisung seitens des Bundes von ca. 870.000 Euro bekommen haben, und das innerhalb des Jahres ein sozialer Träger weggebrochen ist. Zwar konnten viele Maßnahmen durch einen neu gegründeten Träger kompensiert werden, aber wir haben nicht mehr die Möglichkeit, alle zur Verfügung stehenden Plätze zu besetzen.

**Herr Grabner** versicherte, dass weiterhin – insbesondere im Bereich der Kämmerei – gearbeitet wird, wie die Ansätze des Vorjahres wieder erreicht werden können. Es wird nicht bei jedem Budget gelingen, das Ergebnis des Vorjahres zu erreichen, aber es sind alle bemüht, den Haushalt noch etwas positiver darzustellen. Wir haben eine Steigerung im Bereich der Personalkosten von 5,7 % auf knapp 90.000 Mio. Euro im Jahre 2026. Hier gibt es Besprechungen, inwieweit 2-3 Mio. Euro reduziert werden können. Im Ansatz des Stellenplanes wird man eine Reduzierung der Stellen um ca. 35 erkennen und der Ansatz innerhalb der nächsten drei Jahre soll im Stellenplan um 5 % gekürzt werden.

**Herr Grabner** versicherte, dass überall, insbesondere bei der Kämmerei, geschaut wird, wie die Ansätze des Vorjahres wieder erreicht werden können. Wir haben aber gewissen Rechtsverpflichtungen, insbesondere im Bereich Soziales, Kinder- und Jugend. Es wird daher nicht in jedem Budget möglich sein, das Vorjahresergebnis zu erreichen, aber wir sind bemüht.

**Herr Roi** regte bzgl. den Tiefbaumaßnahmen auf Seite 11 (K 2056) an, vor Ort eine Beratung mit der Stadt zu tätigen, weil die Stadt nach wie vor überlegt, wie sie den Bereich zwischen der Kreisstraße und den Grundstücken gestaltet. Hier müsste sich abgestimmt werden. Weiter stehen auf Seite 11 zum Punkt Thalheim 520.000 Euro drin, ist hier die Straße K 2055 gemeint? **Herr Roi** bat darum, dass nicht beide Straßen gleichzeitig gebaut werden. Weiterhin ist die Straße mit hochwertigen Kopfsteinpflastersteinen ausgelegt; **Herr Roi** sieht in diesen einen gewissen Wert. Es sollte überlegt werden, ob die Steine gewinnbringend weiterveräußert werden können?

**Herr Wolpert** unterbrach Herrn Roi, denn tiefergehende Einzelmaßnahmen sollen nicht hier besprochen werden.

**Herr Urban** fragte, ob es zum Haushaltskonsolidierungskonzept schon erste Ideen gibt?

**Herr Grabner** antwortete, dass sich die Ideen derzeit in Grenzen halten. Wir müssen Maßnahmen finden, die in der Perspektive zu einer deutlichen Verbesserung des Haushaltes führen, deswegen rief Herr Grabner alle Mitglieder auf, entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen beizutragen, um ein vernünftiges Konzept zusammenzustellen.

**Herr Grabner** führte aus, dass 500.000 Euro für eine mögliche Übernahme des Krankenhauses Zerbst zzgl. Beratungs- und Prozessentwicklungskosten angesetzt wurden, falls im Laufe der Anschlussübernahme entsprechende Kosten schon entstehen.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

#### **Punkt 10.      Behandlung öffentlicher Vorlagen**

##### **Punkt 10.1.    Zustimmung zum Preisblatt für die Abfallentsorgungsentgelte der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH ab dem 01.01.2026** **Vorlage: BV/0181/2025**

Da Herr Wolpert dem Mitwirkungsverbot unterlag, übergab er die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden, **Herrn Schlegel**.

**Herr Grabner** sagte, dass für das Jahr 2026 und 2027 neu zu kalkulieren war, d. h. die Entgelte, die bis zum 31.12.2025 laufen, verlieren ihre Gültigkeit. Es wurde versucht bzw. ist es dem Unternehmen auch gelungen, die Entgelte gleich zu belassen. Das hat nur funktioniert, in dem mögliche Kostensteigerungen durch die Entnahme aus der Rücklage genommen werden konnten bzw. aus den derzeitigen Überschüssen, die aus der vergangenen Periode erwirtschaftet wurden. Wir müssen aber auch bedenken, dass wir in der Zukunft die Kosten für die Deponiesanierung Bitterfeld haben, diese belaufen sich auf ca. 10 Mio. Euro, die auch tatsächlich angespart wurden und wir jetzt erstmal mit der Kalkulation 2026/2027 sehr gut liegen und empfehlen, diesem Preisblatt entsprechend zuzustimmen.

Es gab keine Nachfragen.

Die **Vorlage 0181/2025** wurde **einstimmig**, bei keiner Gegenstimme und 5 Enthaltungen, **bestätigt**.

### **Beschluss-Nr.: 090-12/2025**

Der Kreistag stimmt dem Preisblatt für die Abfallentsorgungsentgelte ab dem 01.01.2026 der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke zu.

## **Punkt 11.      Anfragen und Anregungen der Kreistagsmitglieder**

(Herr Dittmann gegangen = 38+1 = 70,91 %)

**Herr Egert** sagte, dass die CDU-FDP Fraktion fraktionsübergreifend beantragen wird, eine Sonderarbeitsgruppe zur Thematik Krankenhaus Zerbst zu gründen. Die Entwicklungen der letzten Wochen zeigen, welche Dynamik dahintersteckt und er bedankt sich bei allen für ihre Bemühungen, hier zu einer Situation zu gelangen, dass die Daseinsvorsorge gewährleistet werden kann. Es ist aber ein Thema des gesamten Kreistages, es wird auch ein Thema der Haushaltsplanung sein und deshalb wurde folgender Antrag formuliert:

Antrag zur Bildung einer Sonderarbeitsgruppe Krankenhaus Zerbst:

Die Arbeitsgruppe soll zusätzlich zu den Ausschüssen kurzfristig einberufen werden können, um intensiv über mögliche Lösungen und Krankenhausverbünde zur Aufrechterhaltung der Notfallversorgung und Krankenhausverbleib im Rahmen der gesetzlichen festgelegten Daseinsvorsorge zu beraten und in den Kreistag Anhalt-Bitterfeld einbringen.

Zusammensetzung der Sonderarbeitsgruppe sollen Landrat, Fachbereich, die Fraktionsvorsitzenden, der Kreistagsvorsitzende vom Kreistag Anhalt-Bitterfeld und regionale Vertreter der Fraktionen aus dem Altkreis, Gewerkschaft und Betriebsrat sein.

Wir haben alle das Ansinnen, hier Daseinsvorsorge zu betreiben, deswegen die Bitte von **Herrn Egert**, dass der Antrag in einer der nächsten Sitzungen Unterstützung findet oder jetzt schon operativ vom Landrat einberufen wird, um dort neben den Haushaltsberatungen auch dort in diesem speziellen Fall Rechnung zu tragen.

**Herr Wolpert** schlug vor, da es in diesem Tagesordnungspunkt kein Beschlussantrag sein kann, dass die Fraktionsvorsitzenden zusammen mit dem Landrat im Nachgang der Sitzung signalisieren, ob sie damit einverstanden sind, bei einer solchen Arbeitsgruppe mitzumachen.

**Herr Roi** befürwortet eine solche Arbeitsgruppe und bat den Landrat, diese schnellstmöglich einzuberufen.

Weiter fragte **Herr Roi** zum Thema Ukrainische Flüchtlinge: Der Koalitionsvertrag der großen Koalition habe die Regelung, dass man für alle ab 01.04. eingereisten Ukrainer von Bürgergeld auf Asylbewerberleistungsgesetz umstellen will. Kann hierzu etwas gesagt werden? Wieviel von den geleisteten Zahlungen bleiben am Haushalt des Landkreises hängen? Kann schriftlich der Unterschied dargestellt werden, wenn ein alleinstehender Ukrainer über Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen bezieht und dem Fallbeispiel Bürgergeld? Wieviel von den Leistungen muss der Landkreis selber tragen?

Die ukrainische Regierung hat beschlossen, dass die 18- bis 23-jährigen das Land jetzt verlassen dürfen. In Halberstadt laufen diese dann in der Erstaufnahmeeinrichtung auf und werden dann „verteilt“. **Herr Roi** fragte, wie der aktuelle Zugang für unseren Landkreis ist? Wie viele junge Ukrainer kommen derzeit wöchentlich aufgrund der Gesetzgebungsänderung in unserem Landkreis an?

**Herr Grabner** griff den Vorschlag von Herr Egert auf und bat darum, dass auf formelle Vorschriften verzichtet wird. Die Fraktionsvorsitzenden werden zu einer wöchentlichen Bera-

tungsrunde eingeladen, um dann zu einem intensiven Informationsaustausch zusammenzutreffen.

Zu der Thematik Flüchtlinge sagte **Herr Grabner**, dass es derzeit deutlich höhere Zuweisungen aus dem ukrainischen Bereich gibt; diese werden wöchentlich ausgehandelt. Ginge es nach dem Land würden wir zwischen 20 und 40 Personen aufnehmen müssen, wo der Landkreis aber keine Kapazitäten hat, sodass wir aktuell wöchentlich bei zwischen 10 und 20 Personen Sonderzuweisungen liegen.

(Herr Heeg gegangen =  $37+1 = 69,09 \%$ )

**Herr Loth** sagte bzgl. der Einleitung des Landrates zum Haushalt, dass trotz der Erhöhung auf 43,83 % die Masse nicht steigt, die von den Kommunen kommt. Das ist ein Zeichen, dass die Kommunen nicht mehr die Kraft haben, den Landkreis zu finanzieren. Hier scheint sich eine Rezession in den Kommunen anzudeuten, was sehr gefährlich ist.

(Herr Feuerborn gegangen =  $36+1 = 67,27 \%$ )

Weiterhin vermisste **Herr Loth** den Stellenplan im Haushaltsentwurf. Er fragte, wo genau die Verwaltung die 5 % der Stellen streichen will? Welche Fachbereiche sind davon betroffen? Weiterhin wird in Raguhn die Hartmannstraße erneuert und der Landkreis ist an der Schlossstraße beteiligt, allerdings hat **Herr Loth** diesen Abschnitt nicht in den Tiefbaumaßnahmen gefunden. Weiterhin steht der Radweg mit 1,6 Mio. Euro drin, sowie die Beteiligung von Dritten mit 100.000 Euro. Gemäß **Herrn Loth** gibt es ein Programm, auf das man sich bewerben kann, was auch Radwegebau fördert. Er fragte, ob man sich darauf beworben hat? Weiterhin bedankte sich **Herr Loth** für die schnellen Reparaturarbeiten an der Straße zwischen Priorau und Raguhn. Des Weiteren sagte er, dass er bereits beim Landkreis angemeldet habe, dass er Bedarf an ausländischen Hilfsarbeitern hätte, aber daraufhin ist nichts mehr passiert. Er fragte, wie hier der Stand ist?

**Herr Grabner** antwortete, dass er das Thema nochmals an den Fachbereich weitergeben wird.

Zum Thema Kreisumlage sagte **Herr Grabner**, dass er diese Pauschalaussage nicht so stehen lassen kann, denn bei den Kommunen, bei denen die Steuerkraftmesszahlen nach unten geht, geht auch die Kreisumlage nach unten. Das heißt nicht, wenn eine Kommune weniger Steuereinnahmen hat, dass sie dann trotzdem mehr Kreisumlage bezahlen muss.

Zum Stellenplan sagte **Herr Grabner**, dass natürlich nur dort reduziert werden kann, wo das Personal abkömmlich ist. Innerhalb der nächsten drei Jahre sieht **Herr Grabner** die Möglichkeit, auf eine Einsparung von 5 % zu kommen, was wahrscheinlich größtenteils im freiwilligen Bereich liegen wird. Bei den pflichtigen Aufgaben wird das Personal nicht gekürzt werden, das ergibt sich schon aus dem Gesetz. Nichts desto trotz sind wir angehalten, im Bereich Personal Reduzierungen herbeizuführen und der Pflicht wird der Landkreis auch nachkommen.

**Herr Loth** erwiderte, dass natürlich die Masse der Abgaben sinkt, wenn man weniger einnimmt, aber es bleibt auch weniger übrig.

Zum Thema Stellenplan fragte **Herr Loth**, wann dieser dann für die Kreistagsmitglieder zur Verfügung steht?

**Herr Naumann** fragte, wie der aktuelle Sachstand des Berufsschulzentrums sei? Im A-Trakt wurde damals die Fassade geöffnet und diese Situation besteht nunmehr unverändert seit zwei Jahren.

**Herr Grabner** antwortete, dass wir vor einigen Jahren die defekte Photovoltaikanlage zurückbauen mussten, eine entsprechende Neuerrichtung oder anderweitige Sanierung dieser Fassade war aus finanziellen Gründen nicht möglich.

**Herr Naumann** sagte, dass es sich schon fast um eine Schrottimmoblie handelt und es für das Stadtbild nicht schön aussieht.

**Herr Grabner** sagte, dass natürlich in der Zukunft saniert werden muss. Bisherige Kosten-

angebote beliefen sich deutlich über 200.000 Euro, was nicht im Budget lag. Auch wenn es unschön aussieht, schränkt es die Nutzbarkeit der Berufsschule nicht ein und es hatten vorerst andere Maßnahmen Priorität.

**Herr Tkalec** fragte, wie viele Parkplätze vor den Schulen (Gymnasien, Sekundarschulen, Förderschulen) vorhanden sind? Weiter fragte **Herr Tkalec**, wie viele E-Ladesäulen vor den jeweiligen Schulen aktuell vorhanden sind?

**Herr Wolpert** sicherte hier eine schriftliche Antwort zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

gez. Wolpert  
Vorsitzender des Kreistages des Landkreises Anhalt-Bitterfeld

gez. Henze  
Protokollantin